

Entwurf Leitantrag Mülheimer Erklärung vom 06.09.2008



MIT

MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

NRW: Lust auf Erfolg!

I. Einleitung

Am 22. Mai 2005 endeten 39 Jahre sozialdemokratisch dominierter Regierungen in Nordrhein-Westfalen. Diese Zäsur bedeutet für die CDU in NRW nicht nur einen großen politischen Erfolg. Es markiert den Beginn der größten Herausforderung für alle Christdemokraten in unserem Bundesland: Die Sanierung des Landes auf ordnungspolitischem Fundament und in sozialer Verantwortung.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU bildet dabei das Rückgrat der Union in ihren wichtigsten Kompetenzfeldern: Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik. Eine gute Wirtschafts- und Finanzpolitik sind Grundlage von Wohlstand und Aufschwung und damit der Ausgangspunkt und Voraussetzung aller sozialen Errungenschaften.

Nach drei Jahren christdemokratisch geführter Regierung in Nordrhein-Westfalen zieht die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung positive Bilanz. Viele Projekte, die wir seit vielen Jahren und Jahrzehnten forderten sind umgesetzt worden oder stehen kurz vor ihrer Verwirklichung. Die zwischen CDU und FDP vereinbarten Ziele der „Koalition der Mitte“ müssen aber komplett umgesetzt und schon heute bis 2015 weiterentwickelt werden.

Umso wichtiger ist es, im Lichte des Erreichten die Ziele der kommenden Jahre zu beschreiben. Der Standort Nordrhein-Westfalen ist im Aufwind und soll es bleiben. 10 Jahre nach dem Wechsel soll NRW an der Spitze der Bundesländer stehen. Deswegen muss die CDU weiter die Regierung führen. Bis 2015 wollen wir das Land wieder fit machen. Bis 2015 wollen wir NRW wieder zu dem attraktivsten Standort in Deutschland formen.

II. Mittelstand und Industrie – Hand in Hand

Nordrhein-Westfalen ist vor allem durch seinen Mittelstand stark. Er ist Grundlage für die in NRW produzierenden und strategisch beheimateten industriellen Konzerne. Mittelstand in NRW ist und wird immer häufiger selbst zunehmend "global player". Deshalb ist Nordrhein-Westfalen der

Industriestandort in Deutschland. Auch die durch CDU und CSU-Politik erfolgreichen Bundesländer im Süden verfügen nicht über eine solche geballte Wirtschaftskraft mit globalen Marktführern in vielen unterschiedlichen Branchen und Industriezweigen.

Beide Standbeine NRWs im Wettbewerb - Mittelstand und Industrie - müssen für die Politik der CDU maßgeblich sein. Dabei sind Investitionen in die Infrastruktur und eine immer stärker gestaltende Wirtschaftspolitik die Hauptmerkmale dieser Politik. Mit dem Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung bis Ende 2014 wurde eine der Kernforderungen der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung erfüllt. Damit werden Milliardenmittel im Landeshaushalt frei, die für den Schuldenabbau und eine gestaltende Wirtschafts- und Strukturpolitik genutzt werden können.

III. Den Menschen das Land zurückgeben – Privat vor Staat!

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU lehnt Tendenzen zu mehr staatlicher Einflussnahme ab. Wir wollen den Staat auf seine eigentliche Kernaufgabe zurückdrängen und den Menschen wieder als eigenverantwortliches Individuum in einer liberalen, einer werte- und gleichzeitig leistungsorientierten Wirtschaftsordnung stärken.

Privatisierung ist aus Sicht des Mittelstandes kein Selbstzweck oder ein ideologisches Handlungsmuster. Privatisierung halten wir dort für notwendig, wo Privat die Aufgaben genauso gut oder besser als der Staat wahrnehmen kann. Wir wollen dort Privatisierung, wo keine zwingenden Notwendigkeiten hoheitlicher Betätigungen diese verbieten. Insofern ist Privatisierung in allen denkbaren Bereichen auch immer bezogen auf den Einzelfall von der Politik und der Verwaltung im Vollzug der Gemeindeordnung zu prüfen. Die politischen Entscheidungen von CDU und FDP hierzu sind mit der Novelle der Gemeindeordnung getroffen worden.

„Privat vor Staat“ will und darf kein Kampfbegriff gegen den Staat sein. Der Begriff soll aber eine Kultur der Subsidiarität und des Vertrauens in den Unternehmergeist unserer Menschen verkörpern und fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass die CDU sich diesem Ziel weiter verpflichtet sieht und dies gegenüber Wirtschaft und Mittelstand auch deutlich macht.

Eine Rekommunalisierungswelle zur vermeintlichen Konsolidierung der lokalen Haushalte auf Kosten des Mittelstandes darf es mit der CDU nicht geben. Wir fordern, dass dies im Regierungsprogramm bis 2015 auch klar ausgesprochen wird.

Darüber hinaus fordert die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung:

- Das Umsatzsteuerprivileg für einzelne Tätigkeiten der öffentlichen Hand muss entfallen
- Das „Querverbundsprivileg“ der öffentlichen Hand zur Erlangung des steuerlichen Querverbundes zwischen verschiedenen Betrieben gewerblicher Art muss abgeschafft und auf das im Körperschaftssteuerrecht für alle privaten Unternehmen mögliche Maß begrenzt werden
- Die Weitergabe von zinsgünstigen Kommunaldarlehen an die kommunalen Gesellschaften darf nur bei Zahlung von marktüblichen Avalprovisionen der Gesellschaften an die Eigentümerkörperschaften erfolgen, mit denen der Kreditpreis an die Marktlage angepasst wird.

Sinn von weniger Staat und mehr „Sozialer Marktwirtschaft“ im Erhardschen Sinne ist die Stärkung des freien Leistungswettbewerbs. Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen soll auch in Zukunft treibende Kraft und Vorbild in dieser Hinsicht sein. Dies soll auch für die kommende Legislaturperiode gelten, von der CDU klar ausgesprochen und mit konkreten Planungen belegt werden.

IV. Innovation: Kompetenzen für morgen

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung unterstützt die Landesregierung in ihrer Zielsetzung, durch eine „kreative Ökonomie“ neue innovative Impulse im Standortwettbewerb zu setzen. Sich bildende Cluster in den Regionen Nordrhein-Westfalens werden auf der Grundlage von entsprechenden Abstimmungen der Verantwortungsträger von Wirtschaft und Politik vor Ort unterstützt. Wichtige Innovationscluster in NRW sind zum Beispiel die Logistik, die grüne Gentechnik, die Energie- und Gebäudetechnik, die Kulturwirtschaft, der Maschinenbau, die Stahlproduktion und -verarbeitung sowie die Medizintechnik.

Für all diese Branchen benötigen Wirtschaft und Mittelstand gut ausgebildete und technisch versierte Mitarbeiter. Der Fachkräftemangel in weiten Bereichen der Wirtschaft ist neben der viel zu geringen Zahl zur Selbständigkeit strebender jungen Menschen die wohl größte Herausforderung für den Standort NRW und Deutschland.

Aus diesem Grunde war die Hochschul- und Exzellenzoffensive der Landesregierung ein erster wichtiger Schritt. Es müssen aber weitere Anstrengungen folgen. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung setzt sich dafür ein, die Rahmenbedingungen für eine intensive Zusammenarbeit von Wissenschaft und mittelständischen Unternehmen zu verbessern. Der verstärkte Technologietransfer ist eine Chance für mittelständische Unternehmen, Kontakte zu Hochschulen zu knüpfen, neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln, sowie gut ausgebildete Absolventen als Mitarbeiter zu gewinnen. Wir wollen, dass es sich herumspricht, dass aus NRW die besten Ingenieure kommen und dass ein Ingenieur aus NRW in der ganzen Welt, aber auch vor allem hier vor Ort gut bezahlte, sichere, interessante und zukunftsweisende Anstellungen finden kann.

Auch die Schulpolitik ist hierbei ein wichtiger Ausgangspunkt für die Innovationsfähigkeit des Landes. Nur freiheitlich und leistungsorientiert denkende Schülerinnen und Schüler, werden später zu den Leistungsträgern und Entscheidern, die Wirtschaft und Mittelstand in NRW brauchen. Die Landesregierung hat bereits wichtige Weichenstellungen zur Qualitätsverbesserung getätigt. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung NRW fordert dazu auf, weiterhin mutig Schulpolitik als Kernkompetenz der Union fortzuentwickeln. Im Bereich von Bildung und Ausbildung unterstützen wir die zahlreichen Aktivitäten der Wirtschaft, durch frühzeitige Kontakte zwischen jungen Menschen und Betrieben den Übergang ins Berufsleben zu erleichtern.

V. Weiter für das Land arbeiten: Perspektiven für 2015

a) NRW: Bürokratieabbau ist kein Nischenthema

- Herzstück eines durchgreifenden und nachhaltigen Bürokratieabbaus ist die Reduzierung des bürokratischen Apparates, der in 39 Jahren sozialdemokratischer Regierungsführung

aufgehäuft wurde. In Umsetzung der Koalitionsvereinbarung hat Nordrhein-Westfalen bis 2008 bereits 133 Behörden aufgelöst oder in andere Dienststellen eingegliedert. Ganz im Sinne des von der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung NRW geforderten Subsidiaritätsprinzips wurden unter anderem Aufgaben der Umwelt- und der Versorgungsverwaltung kommunalisiert. Die Projekt Ruhr GmbH wurde aufgelöst, Verwaltungsstrukturen z.B. in der Forstverwaltung gestrafft. Die geplante Reform zur Neustrukturierung der bestehenden Verwaltungsstrukturen in NRW muss auf der Tagesordnung bleiben.

Privatisierung ist ein wichtiger Baustein des Abbaus unnötiger Verwaltungsstrukturen.

- Es muss noch mehr auf die im Koalitionsvertrag 2005 festgelegte Zielsetzung „...durch Privatisierung bisher von Staat wahrgenommener Aufgaben...wollen wir die wirtschaftliche und bürgerschaftliche Initiative und Selbstbestimmung der Menschen in unserem Land fördern und stärken“ hingearbeitet werden.

All diese umgesetzten oder eingeleiteten Maßnahmen bedeuten auch unumgänglich Personalabbau auf möglichst sozial verträgliche, jedoch auch haushaltswirksame Art und Weise. Das eingeführte Personaleinsatzmanagement macht die zielorientierte Steuerung des Personalumbaus möglich und ist zu begrüßen.

- Die CDU stellt sich dieser Herausforderung und wird auch ab 2010 weiterhin den Kurs der Modernisierung der Verwaltung durch Straffung und Rückzug auf notwendige Zuständigkeiten fortführen.

Das unselige Beauftragtenwesen der rot-grünen Regierungszeit ist gelichtet worden. Wir wollen dass es dabei bleibt und keine unnötigen neuen Beratungsgremien ohne zeitliche Begrenzung eingesetzt werden.

Ein wichtiger Aspekt des CDU-Regierungsprogramms ist die Deregulierung für Wirtschaft und Mittelstand. Mit der Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, der Abschaffung des arbeitsplatzfeindlichen Tariftreuegesetzes sind gute und wichtige Schritte getan worden.

- Gleichzeitig wurden auch neue Bürokratisierungen, teilweise leider aufgrund übergeordneter Gesetzgebung, geschaffen. Der Grundsatz des Koalitionsvertrages „Wir werden dafür sorgen, dass bei Gesetzen nicht nur wie bisher die finanziellen Auswirkungen abgeschätzt werden müssen, sondern auch ihre Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung.“ gilt für uns weiter und muss verstärkt in den Blick genommen werden. Die begrenzte Gültigkeit von Gesetzen muss ebenfalls verstärkt als Regulierungsinstrument gegen Bürokratisierungstendenzen genutzt werden.

b) NRW: Gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik

Nordrhein-Westfalen holt auf. Dies ist das klare Ergebnis der ersten drei Jahre der CDU-geführten Landesregierung. NRW schaffte es beim Wirtschaftswachstum 2007 (BIP, preisbereinigt) den Bundesdurchschnitt zu überholen. Mit 2,6% lag man 0,1% vor dem Bundesdeutschen BIP von 2,5%. Bei Regierungsübernahme 2005 lagen wir bei Stagnation in der Wirtschaft noch 0,8% dahinter (NRW: 0,0%, Deutschland: 0,8%). 2006 konnte der Abstand schon auf 0,3% verkürzt werden (NRW: 2,6%, Deutschland: 2,9%)

Dabei konnte die Arbeitslosigkeit seit der Landtagswahl, also von April 2005 bis April 2008 um 278.000 gemeldete Arbeitslose reduziert werden. Die Quote sank von 11,9% auf 8,7%. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg von Februar 2005 bis Februar 2008 von 5,6 Millionen auf 5,77 Millionen. Etwa 180.000 zusätzliche Stellen konnten geschaffen werden. 180.000 Menschen und ihren Familien wurde damit ermöglicht, ihr Leben mit Erwerbstätigkeit eigenständig zu gestalten.

Dies schafft persönliche Unabhängigkeit auch von staatlichen Transfersystemen. Deswegen will die MIT NRW alles dafür tun, dass der beschäftigungswirksame Aufschwung anhält und dass die wirtschaftsfreundliche Politik in NRW fortgesetzt wird. Sie ist Garant für soziale Sicherheit und finanzielle Unabhängigkeit der Bürger.

Politik muss sich Ziele setzen und muss eine Richtung geben. Aus diesem Grunde wollen wir, um den Wohlstand der Bürger zu erhalten, einige konkrete Zielsetzungen der NRW-Wirtschaftspolitik formulieren

- Wir streben das dauerhafte Wachstum NRWs über dem Bundesdurchschnitt beim Bruttoinlandsprodukt an. Unser Standort muss so attraktiv werden, dass wir nicht nur im Schnitt der Jahre 2010-2015 besser abschneiden, sondern dass wir in jedem Jahr besser abschneiden als Gesamtdeutschland, um dauerhaft unsere Stärke als der erfolgreichste Wirtschaftsstandort in Deutschland zurückzuerobern.
- Wir wollen, dass NRW dauerhaft beim Abbau und Bestand der Arbeitslosigkeit besser abschneidet als der Bundesdurchschnitt. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote 2010-2015 sollte unter der Bundesrepublik Deutschland liegen. Nur dann können wir beim strukturellen Abbau der Arbeitslosigkeit Erfolge für uns verbuchen.
- Für eine möglichst geringe Zahl an Arbeitslosen brauchen wir neben der guten Konjunktur auch gute Rahmenbedingungen der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik. Deswegen fordern wir dazu auf, seitens der CDU NRW jede bundespolitische Debatte mit Blick auf ihre Auswirkungen auf den Standort und das Wirtschaftswachstum zu betrachten und wenn nötig klar Position für den Wirtschaftsstandort NRW zu beziehen.

Wir wollen und brauchen mehr Gründungen in NRW. Zwar konnte NRW den Rückgang der Firmenneugründungen (2003-2007: -4,5%) in den vergangenen Jahren abbremsen und schneidet besser ab als Gesamtdeutschland (2003-2007: -4,9%). Aber wir wollen wieder eine positive Gründungsbilanz in unserem Land.

- Deswegen fordern wir dazu auf, die gesellschaftliche Attraktivität von Selbständigkeit in Nordrhein-Westfalen weiter zu stärken. Hierzu gehört auch die aktive Förderung von Betriebsübernahmen.

Im Bereich der Fördermittelvergabe ist das Land NRW auf ein Wettbewerbsverfahren umgestiegen. Die Wettbewerbe führen zu einer hohen Mobilisierung der regionalen Akteure, da nicht nur Unternehmen, sondern auch Regionen sich beteiligen. Dadurch wird die Entstehung und das Wachstum regionaler Cluster begünstigt.

- Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung begrüßt, den Umstieg auf das Wettbewerbsverfahren um staatliche Hilfen und fordert die Landesregierung dazu auf, das „Programm zur kontinuierlichen Sicherstellung von Effektivität, Effizienz und

Rechtmäßigkeit der Fördermittelvergabe – KONTER“ zügig zu etablieren und fortzuentwickeln, damit das gesamte Verfahren in Zukunft unbürokratischer und transparenter abgewickelt wird.

Mit den Mittelstandspaketen II und III hat die Landesregierung die Voraussetzungen für eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung und Anwendung des Vergaberechts geschaffen. Die neuen kommunalen Vergabegrundsätze bieten den Städten und Gemeinden in NRW bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Möglichkeit, Unternehmen aus der Region stärker zu berücksichtigen. Insbesondere kleine und mittlere Betriebe sollen in die Lage versetzt werden, sich erfolgreich um öffentliche Aufträge bewerben zu können. Eigens dafür wurden die Schwellenwerte bei der Vergabe öffentlicher Aufträge erhöht. In der Praxis hat sich bisher gezeigt, dass ein erheblicher Teil der Städte und Gemeinden die neuen Richtlinien bislang nicht anwendet.

- Daher fordert die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung nun die Kommunen auf, ihre Vergabepaxis an die neuen Möglichkeiten anzupassen und dem regionalen Mittelstand die Chance zu geben, am Wettbewerb um öffentliche Aufträge teilhaben zu können.

Trotz der zuletzt gestiegenen Eigenkapitalquote vieler Unternehmen in NRW ist diese im internationalen Vergleich nach wie vor zu gering und bedeutet eine Schwächung des Standortes.

- Die Landesregierung NRW soll eine Initiative zur Verbesserung dieser Eigenkapitalsituation durch eine Begünstigung thesaurierter Gewinne einleiten.
- Leistung muss sich wieder lohnen. Deshalb fordern wir einen Abbau von Steuern auf allen Ebenen zugunsten der Unternehmen und der Bürger. Die Union muss nach der Haushaltskonsolidierung des Bundes bis 2011 auch zunehmend Steuerentlastungen auf den Weg bringen. Erste Schritte gegen die sogenannte „kalte Progression“ müssen auch schon früher unternommen werden. Der sogenannte „Mittelstandsbauch“ muss durch ein umfassendes Steuerreformkonzept beseitigt werden, welche sich nicht nur aus Eingangs-, Spitzensteuersteuersatz- und Freibetragsänderungen reduzieren darf. CDU und Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung NRW müssen hierbei treibender Motor für Berlin sein.

- Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung plädiert für Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern. Wir fordern, dass die Bundesländer bei den Steuern, bei denen sie alleine die Ertragshoheit haben (z.B. Erbschaftssteuer) auch die Gesetzgebungshoheit erhalten. Die Kraftfahrzeugsteuer soll von der Länderertragshoheit in die Bundesertragshoheit bei entsprechender Kompensation etwa durch die Versicherungssteuer übergehen. Mit der Zusammenlegung der Mineralölsteuer und der Kraftfahrzeugsteuer wollen wir eine EU-konforme Umweltpolitik durch aus einem Guss erreichen, um die inländische Transportwirtschaft nicht gegenüber der ausländischen Transportwirtschaft zu benachteiligen. Bei der Einkommen- und der Körperschaftssteuer sollen die Länder und die Kommunen an Stelle ihrer bisherigen Anteile Zuschlagsrechte auf den Bundesanteil erhalten, um Ihnen Handlungsspielraum zu geben und den Steuer- und Standortwettbewerb anzuregen.

Der zunehmende Fachkräftemangel sowie die demografische Entwicklung sind eine große Belastung für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und unseres Mittelstandes auf den Binnen- und Weltmärkten.

Für unsere Unternehmen sind im globalen Wettbewerb die Fähigkeiten von gut qualifizierten Zuwanderern aus aller Welt zukünftig unabdingbare Erfolgsvoraussetzung für Produkte und Dienstleistungen aus NRW. Sprachkenntnisse, das Wissen um kulturelle und ökonomische Gegebenheiten in den Absatzländern oder technisches Know-how aus anderen Ländern stärken unseren Mittelstand und unsere Industrie. Um den Zuzug von Menschen ausschließlich in die Sozialsysteme zu verhindern, fordern wir:

- Wir wollen den Zuzug ausländischer Fachkräfte durch die Senkung der Einkommensgrenze auf 40.000 Euro unterstützen. Die gültige Verdienstgrenze von 85.000 Euro ist realitätsfern und erlaubt nur in geringem Umfang die Einwanderung von Facharbeitern und Ingenieuren, die wir als Exportland besonders brauchen.
- Wir wollen eine verstärkte Zusammenarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen, der Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft und des Handwerks mit Unternehmerverbänden ausländischstämmiger Bürger in NRW.

- Wir als Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung NRW fordern größere Anstrengungen in der Außendarstellung des Landes NRW nicht nur als Investitionsstandort sondern auch als attraktiver Lebensraum, der Chancen für Facharbeitskräfte aus der ganzen Welt bietet, hier gute berufliche, familiäre und soziale Perspektiven zu finden.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung NRW setzt sich für die Einhaltung ethischer Führungsgrundsätze im Wirtschaftsleben ein. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung fordert schon lange eine Korrektur von Strukturschwächen bei der Führung von Kapitalgesellschaften und eine Annäherung der Regelungen für Manager an die der Eigentümer-Unternehmer. Gerade angesichts prominenter Fehlspekulationen ohne wesentliche persönliche Folgen für Top-Manager großer Aktiengesellschaften, muss eine Reform des Aktienrechts vorgenommen werden.

- Wir fordern die Landesregierung NRW dazu auf, sich im Bundesrat für eine Novellierung des Aktienrechts stark zu machen.
 - Wir wollen eine stärkere Annäherung der Haftungssituation angestellter Manager an die von Eigentümer-Unternehmer.
 - Die Zahl der Aufsichtsratsmandate pro Einzelperson soll auf 3 statt bisher 10 beschränkt werden.
 - Wir fordern des Weiteren ein Verbot des direkten Überwechsels des Vorstandsvorsitzenden auf die Position des Aufsichtsratsvorsitzenden bei Publikums-Aktiengesellschaften vor Ablauf einer Karenzzeit von zwei Jahren.
 - Die Beschlussfassung über die Vorstandsvergütung darf nicht länger durch das Präsidium des Aufsichtsrates, sondern muss durch den gesamten Aufsichtsrat erfolgen.

c) NRW: Wirtschafts- und umweltgerechte Infrastruktur entwickeln

Schon in der Koalitionsvereinbarung 2005 verpflichteten sich CDU und FDP: „Wir werden die Proportionen achten durch eine vernünftige Abwägung von Ökologie und Wirtschaftlichkeit.“ Seitdem haben eine Umweltpolitik mit Augenmaß und eine Wirtschaftspolitik mit Verantwortung zueinander gefunden. Allerdings gibt es noch Vieles zu tun. Die Überarbeitung des Landschaftsgesetzes und die Vereinfachung der Landschaftspläne sowie der

Landschaftsbegleitpläne müssen weiter geführt werden. Sinnvolle Strategien, wie zum Beispiel die Zielsetzung von weniger Flächenverbrauch müssen noch mehr an den ökonomischen Realitäten ausgerichtet werden. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung will sicherstellen, dass die notwendige Entwicklung wichtiger Gewerbegebiete und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht behindert werden.

Mitten durch NRW gehen die verkehrlichen Schlagadern Deutschlands und Europas. Sie nicht auszubauen und zu modernisieren wäre unverantwortlich vor allem auch aus umwelt- und Klimaschutzpolitischen Erwägungen heraus. Staus sind in besonderem Maße umweltschädlich.

Deswegen setzen wir auf einen ausgewogenen Ausbau der Verkehrssysteme. Wichtige Lückenschlüsse im Autobahnnetz müssen endlich realisiert werden.

Die Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans aus dem Jahr 2003 muss die vorhandenen Mittel optimal nutzen. Die vorhandenen Infrastrukturmittel in die Bundesfernstraßen bis 2015 sind soweit in Höhe und Aufteilung festgeschrieben.

- Wir wollen frühzeitig Einfluss auf die Verkehrswegeplanung ab 2015 nehmen. „Aufbau Ost“ kann nach 2015 nicht mehr die gleiche Priorität haben wie bisher.
- Wir wollen als eine wichtige neue Priorität den Ausbau der Autobahnrast- und Parkplatzanlagen. Dies ist aus Sicherheitsgründen und als Reaktion auf immer neue Regelungen z.B. zu Lenk- und Ruhezeiten unausweichlich. Es müssen Umlademöglichkeiten, insbesondere durch den Ausbau spezifischer Autohöfe, geschaffen werden, um die logistische Effizienz aus ökonomischen und ökologischen Gründen zu erhöhen.
- Die Landesregierung muss gegenüber dem sozialdemokratisch regierten Rheinland-Pfalz Druck machen, dass die A1 ab Blankenheim weitergebaut wird.

Die Landesregierung hat die Instandsetzung der in 39 Jahren SPD-Regierung vernachlässigten Verkehrsinfrastruktur durch die Umsetzung des Landesstraßenbedarfplanes 2006 erfolgreich in Angriff genommen. Endlich wieder sind Nacht- und Wochenendbaustellen zu sehen.

- Verkehrsleitsysteme und elektronisch regulierbare Höchstgeschwindigkeitsanzeigen, dort wo Geschwindigkeitsbeschränkungen notwendig sind, müssen die Regel werden, sowohl im Autobahn- wie auch Landstraßenbereich sowie in den Städten.
- Die in diesem Plan vorgesehen Mittel von 1,6 Milliarden Euro für die Dringlichkeitsstufen 1 und 2 sollten baldmöglichst erhöht werden, um keinen weiteren Investitionsstau zu verursachen.
- Wir wollen hierbei eine Priorität seitens des Landes auf dringend notwendige Umgehungs- und Entlastungsstraßen, vor allem in der Anbindung und günstigen Zuwegung von Gewerbegebieten gesetzt sehen. Das Fördervolumen für solche innerstädtischen Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur im Jahr 2008 von 26,5 Millionen Euro ist schrittweise bis 2015 auf jährlich 80 Millionen Euro aufzustocken.
- Die Mittel aus dem Verkehrswegeplan müssen weiterhin voll ausgeschöpft werden. Das Land NRW hat unter Rot-Grün aufgrund verschleppter Planfeststellungsverfahren immer wieder Mittel an den Bund zurückgeben müssen, die andere Bundesländer dann nutzen konnten. Dies geschieht nun unter der CDU-Regierungsführung nicht mehr. Das muss so bleiben.

Das Schienennetz in NRW ist Motor unserer Logistikkreuzen und Tor in Richtung Westen. Die Wachstumsbranche Logistik ist eine der Kernkompetenzen in Nordrhein-Westfalen.

- Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung will den Aus- und Weiterbau des „Eisernen Rheins“ in Richtung Niederlande unter Beachtung des notwendigen Lärmschutzes für die Anwohner. Die Trasse ergänzt die Betuwe-Linie und schließt damit auch unsere Binnenhäfen an wichtige Knotenpunkte anderer Verkehrssysteme an.
- Wir wollen die Realisierung des Rhein-Ruhr-Express. Er ist und bleibt das wichtigste Verkehrsinfrastrukturprojekt für das Ruhrgebiet. Bis 2015 soll diese wichtige Nahverkehrslinie im Ruhrgebiet in Betrieb sein.
- Wir plädieren für verstärkte Privatisierung von Bahnverkehren. Dort, wo bereits heute private Unternehmen oder PPP-Modelle Strecken betreiben, sind positive Erfahrungen auch für die Kunden in Bezug auf Preis, Sauberkeit und Pünktlichkeit spürbar.

Im Zeitalter der Innovation meint Ausbau der Infrastruktur mehr als nur den Erhalt und die Erweiterung von Verkehrstrassen.

- Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung NRW wird sich dafür einsetzen, dass für die kommende Legislaturperiode einer CDU-geführten Landesregierung der Ausbau der Telekommunikationsnetze in NRW vor allem von Hochleistungs-Datenleitungen für Unternehmen einen weiteren Schub erfährt. Es soll eine Innovationsoffensive mit privaten Netzbetreibern und der Telekom gestartet werden, in deren Rahmen eine flächendeckende Versorgung mit 16 MBit-Leitungen bis 2015 erfolgt, deren tatsächliches Leistungsvermögen auch diesen Anforderungen entspricht.

Für die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen sind Umwelt- und Naturschutz einerseits und andererseits die Entwicklung einer modernen Infrastruktur keine Gegensätze.

Mit vielen der von uns geforderten Verbesserungen der Infrastruktur können unnötige und umwelt- sowie klimaschädliche Transporte und Verbindungsfahrten reduziert werden. Vor allem die innerstädtische Feinstaubbelastung ist dadurch zu reduzieren.

- Wir lehnen Umweltzonen in der heutigen Ausgestaltung und Planung als mittelstands- und wirtschaftsfeindlich ab. Stattdessen befürworten wir die Aufstellung intelligenter Luftreinhaltepläne, die alle Verursacher von Feinstaubbelastungen einbeziehen. Innovation statt staatliche Reglementierung ist der Schlüssel zu noch mehr Umweltbewusstsein in Gesellschaft und Wirtschaft.
- Klima- und umweltfreundliche Technologien müssen Vorrang haben, hierzu gehört auch und vor allem die Kernenergie im Energiemix. Sie ermöglicht uns Wettbewerbsfähigkeit für Industrie und Mittelstand und damit wichtige Investitionsmittel der Wirtschaft in modernere und sauberere Technologien. Die Braukohle als einziger heimischer fossiler Energieträger, dessen Nutzung sich wirtschaftlich rechnet, bleibt wichtiger Bestandteil des Energiemixes.
- Im Bereich des Straßen-Transportverkehrs setzen wir auf emissionsärmere und effizientere Lastkraftwagen. Die kommende Generation von zum Beispiel auf Glasfaser- und Verbundstoffen basierenden Fahrzeugen wird mehr für die Entlastung der Straße und die

Reduzierung der verkehrlichen CO₂-Emissionen sowie den Kraftstoffverbrauch erreichen als viele andere staatliche Regulierungsmaßnahmen. Entwicklung und Markteinführung dieser Technologien ist gezielt zu fördern. Auch eine vernetzte Logistik trägt erheblich zur Steigerung der Energieeffizienz bei.

Die Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs zählt zu den wichtigsten Aufgaben kommunaler Stadtentwicklung. Wir begrüßen daher, dass die NRW-Landesregierung eine Investitionspaket über 100 Mio. € für energetische Sanierungen der kommunalen Infrastruktur – insbesondere Kindergärten und Schulen – beschlossen hat.

- Dieses Programm muss auch in der kommenden Legislaturperiode erneut aufgelegt und fortgeführt werden.
- Rahmenbedingungen für effizienzorientierte dezentrale Contractingmodelle sind zu verbessern.
- Die geplante Vollauktionierung beim CO₂-Emissionshandel ab 2013 muss abgelehnt werden. Sie würde in Deutschland eine Kostenlawine auslösen. Dies wäre eine heimliche Steuererhöhung mit fast 15 Mrd. Euro Aufkommen jährlich, die den Strompreis um mindestens 50% steigern ließe, aber klimapolitisch völlig überflüssig ist. Die Zuteilung der CO₂-Zertifikate muss wie bisher kostenfrei nach Benchmark mit sogenannter „Ex-post-Anpassung“ (d.h. orientiert nach tatsächlicher Produktion) erfolgen.

d) NRW: Bildung - das Zukunftskapital unserer Gesellschaft

Bildung ist in unserer heutigen Wissens- und Informationsgesellschaft das wichtigste Gut. Es spielt eine immer größere wirtschaftliche Rolle und greift tief in die Gestaltung unserer Lebenswelt ein. Die PISA-Studien haben gezeigt, dass unser Schulsystem erheblich schlechter als in den anderen Ländern in der Lage ist, die unterschiedlichen Begabungs- und Leistungspotentiale unserer Kinder und Jugendlichen zur Entfaltung zu bringen. Da dieser Prozess bereits vor der Grundschule beginnt, bedarf es eines Konzeptes, das schon vor dem Kindergarten ansetzt und sich bis in die verschiedenen Formen der weiterführenden Schule fortsetzt. Deshalb ist eine moderne Schul- und Bildungspolitik für die Zukunft des Standorts NRW von großer Bedeutung. Erste positive Ergebnisse wurden der CDU-Landespolitik 2008 bescheinigt, als die Reformen in diesem Bereich von der Initiative Neue Soziale

Marktwirtschaft mit einem „gut“ bewertet wurden. Weitere Schritte müssen folgen. Eine gute Bildungspolitik schafft die Voraussetzung, in Freiheit sein Leben unabhängig von staatlicher Umverteilung zu organisieren.

Nordrhein-westfälische Betriebe haben bei der Ausbildungsplatzvergabe häufig das Problem, dass sie keine geeigneten Bewerber finden können. Oft ist die schulische Vorbildung mangelhaft, so dass es schwierig ist, qualifizierte Lehrlinge zu finden.

- Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung unterstützt daher Schulreformen, die durch gezielte Förderung Schülern eine bessere Bildung vermitteln und diesen somit Chancen auf dem Arbeitsmarkt verschaffen. Nur so kann der Nachwuchsmangel in unseren Unternehmen behoben werden.

Die deutsche Wirtschaft sieht sich seit Jahren mit dem Problem konfrontiert, dass - im Vergleich zu anderen Industrienationen – die deutschen Absolventen später ins Arbeitsleben eintreten. Der Ansatz, die Schulzeit in NRW zu verkürzen und das Abitur nach 12 Jahren einzuführen ist ein richtiger bildungspolitischer und gesellschaftspolitischer Schritt. Ausbildungszeiten sind insgesamt in der Bundesrepublik zu lang.

Wir wollen nicht, dass sich die Regierungspolitik in NRW mit sinnlosen Schulformdebatten aufhält, sondern handelt, um Bildung, Ausbildung und Weiterbildung zu verbessern. Schulreformdebatten lösen keine Probleme von Schülern in sozial schwierigem Umfeld. Deswegen fordern wir eine Kraftanstrengung zugunsten der Hauptschulen.

- Die Hauptschulen sind in Ihrer Ausrichtung auf technische und handwerkliche Fähigkeiten auszubauen und zu stärken. Der Mittelstand in NRW braucht nicht nur Akademiker sondern auch eine breite Schicht hochqualifizierter Facharbeiter und Meister, die den guten Ruf des „Made in Germany“ ausmachen
- Neben Fertigkeiten und Kenntnissen sind auch Werthaltungen für die Entwicklung einer Persönlichkeit wichtig. Deshalb kommt erzieherischer Bildung eine große Bedeutung zu, die sich auch in Zeugnis-Kopfnoten ausdrückt.
- Die Klassenverkleinerung an Hauptschulen ist prioritär anzugehen.

Investitionen in die Kinder sind Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Dazu gehört auch der unter Rot-Grün vernachlässigte Ausbau der Schulen durch verstärkte Investitionen in Gebäude und moderne Ausstattung.

- Hierzu soll die Landesregierung neben den erfolgreichen Mittelstandspaketen auch ein „Investitionspaket Bildung“ schnüren, das aus dem Haushalt des Wirtschaftsministeriums heraus Impulse zur Verbesserung unserer Schulen gibt und damit die Qualifizierung zukünftiger Mitarbeiter unterstützt.
- Der Schulalltag muss neu strukturiert werden. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung fordert mehr Ganztagschulen, die den Schülern und Lehrern eine professionelle Basis bieten, die gestiegene Wochenstundenzahl zu absolvieren. Vor allem sozialpädagogische Betreuung und individuelle Förderung helfen, das Leistungsniveau anzuheben.
- Des Weiteren erachtet die MIT eine Überarbeitung der Lehrpläne für notwendig: Der naturwissenschaftliche Unterricht muss verbessert und auf die Notwendigkeiten im späteren Berufsleben abgestimmt werden. Hier gilt es, die Kooperation von Bildungsträgern mit der Wirtschaft zu verstärken.
- Insbesondere muss eine ökonomische Bildung in den Lehrplan aufgenommen werden. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung fordert das Schließen der ökonomischen Bildungslücke und eine Verbesserung des Wissens über wirtschaftliche Zusammenhänge und die Bedeutung von Selbständigkeit und Unternehmertum für die gesamte Gesellschaft.
- Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung unterstützt zudem das Konzept der Europa-Schulen in NRW. Bilingualer Unterricht eröffnet Möglichkeiten auf dem europäischen Arbeitsmarkt, die gerade im wirtschaftlich stark in die EU integrierten NRW von großer Bedeutung sind. Im Umkreis von 500 Kilometern um die Landeshauptstadt Düsseldorf leben 140 Millionen Menschen und damit 40 Prozent der Verbraucher in der EU. Sowohl für europäische Unternehmen, die NRW als Standort gewählt haben, als auch für nordrhein-westfälische Unternehmen, die auf dem europäischen Markt agieren, sind Schüler, die einen „Europa-Abschluss“ haben, attraktive Mitarbeiter, da sie über erweiterte

Sprachkompetenzen verfügen und den europäischen Binnenmarkt auch als Arbeitsmarkt begreifen.

- Darüber hinaus ergänzen Internationale Schulen in privater Trägerschaft in hervorragender Weise die Zielrichtung einer globalen Ausrichtung unserer Bildungsangebote. Sie machen nicht nur NRW weltoffener und bieten gute Bildungschancen für Kinder zugewanderter Menschen, die wir auf dem Arbeitsmarkt in NRW dringend benötigen, sie qualifizieren auch unsere Kinder für die Wirtschaft, Kunst, Kultur, Philosophie und vieles mehr in einem globalen Kontext .
- Wir stehen zu den Privatschulen im Land. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung sieht sie als dringend notwendige und wünschenswerte Ergänzung der staatlichen Schulen in Nordrhein-Westfalen an. Ob auf christlichen Werten basierend oder auf anderen Bildungs- und Erziehungskonzepten, viele Privatschulen gehören zu den besten in unserem Land. Elitenbildung und Exzellenz hat nichts mit 2-Klassen-Bildung zu tun, sondern es fördert den Leistungswettbewerb der Schulen. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung lehnt geplante verschlechternde Änderungen bei der steuerlichen Absetzbarkeit der Kosten des Besuchs von Privatschulen im Einkommensteuerrecht ab.

Begrüßenswert sind die Anstrengungen der Landespolitik mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu ermöglichen. Die Einbringung von Elementen der Berufsorientierung in den Lehrplan von Förder-, Haupt-, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen ist begrüßenswert. Um die Berufsorientierung zu stärken und zu einer Verkürzung der Schulzeit auch in der Sekundarstufe I zu kommen wurde in NRW die Möglichkeit eröffnet, anstelle des 10. Pflichtschuljahres eine Ausbildung zu beginnen.

- Darüber hinaus sollte zusätzlich das 10. Pflichtschuljahr (Hauptschulabschluss 10a) wegen der größeren beruflichen Nähe neben den Hauptschulen auch an den Berufskollegs angeboten werden.

e) NRW: Der Wissensstandort

Nordrhein-Westfalen hat das Potenzial, sich zu einem Standort des Wissens zu entwickeln. In keiner anderen Region Europas gibt es eine so dichte Wissens- und Forschungslandschaft (59 Hochschulen, 21 Forschungsinstitute und mehr als 60 Technologiezentren). Wissen ist der

wichtigste Rohstoff des Landes für Innovation, für Wachstum und zukunftssichere Arbeitsplätze.

So soll der Wissenschaft und Forschung ein Maß an Gestaltungs- und Entfaltungsfreiheit eröffnet werden, das international jedem Vergleich standhält. Klare Schwerpunkte und der Ausbau von Exzellenz in der Spitzenforschung sollen das Forschungsprofil des Standortes schärfen. Dafür müssen gezielt die vorhandenen Stärken ausgebaut werden.

Bis zum Jahr 2015 soll NRW das Innovationsland Nr. 1 in Deutschland sein. Eine starke Wissenschaft und exzellente Forschung sind Nordrhein-Westfalens wichtigstes Zukunftskapital.

Vor dem Hintergrund der großen Aufgaben im Forschungsbereich wird in NRW immer noch zu wenig Geld in die Forschung gesteckt. Die europäischen Staats- und Regierungschefs setzten 2002 das Ziel, dass Europa bis zum Jahr 2010 3% des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung (F&E) verausgaben soll. Ein Drittel davon soll der Staat und zwei Drittel die private Wirtschaft erbringen.

Aufgrund von Versäumnissen der SPD-geführten Landesregierung in der Vergangenheit liegt NRW mit gut 1,8% weit hinter dem deutschen Durchschnitt von 2,5% und auch weit hinter den süddeutschen Ländern zurück: Bayern liegt bei 3% und Baden-Württemberg sogar bei 4%. Hier ist für NRW ein Umsteuern weiterhin dringend erforderlich.

- Deshalb fordert die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung die Landesregierung auf, die Mittel für Forschung und Entwicklung zu erhöhen. Investitionen in Forschung und Entwicklung lohnen sich, da sie langfristig zu mehr Beschäftigung führen und die Unternehmen unseres Landes in die Lage versetzen, der internationalen Konkurrenz stand zu halten. Wir begrüßen die Einrichtung des Innovationsfonds.
- Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung sieht die Notwendigkeit einer international vernetzten Spitzenforschung.

NRW soll seine Kompetenzen im Bereich der Kernenergie- und Kernsicherheitsforschung ausbauen.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung begrüßt, dass bereits mit der Unterstützung durch das Land NRW die RWTH Aachen und das Forschungszentrum Jülich drei Professuren im Bereich der Kernenergieforschung besetzt haben und eine weitere einrichten werden. Jedoch bedarf es gerade in Zeiten der Diskussion um den Klimawandel und steigender Energiekosten eine noch größer Hinwendung zum Forschungsbereich der Kernenergie. Es gibt einen großen Bedarf an kompetentem Nachwuchs, sowohl in der Forschung als auch bei Betreibern, Bewilligungsbehörden und Überwachungsstellen.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung setzt auf einen breiten Energiemix, zu dem auch die Kernenergie gehört. NRW ist Energieland Nummer Eins und soll auch Energieforschungsland Nummer Eins werden.

- Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung fordert eine starke Fokussierung auf die Kernenergieforschung. NRW soll wieder führend in diesem Forschungsbereich werden, denn Kernenergie ist weltweit eine Energie der Zukunft. Der von Rot-Grün beschlossene Atomausstieg hat zur Folge, dass die Bedarfsdeckung über konventionelle Kraftwerke und erneuerbare Energien langfristig nicht ausreichend garantiert ist. Aktuell ist die Kernenergie eine der saubersten Energien, die sicher genutzt werden muss. Mit der Weiterführung der Forschung auch bei Hochtemperatur-Reaktoren, sicherer Atomendlagerung und insbesondere der Reaktorsicherheit kann sich NRW profilieren.
- Wir wollen, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen und die CDU Nordrhein-Westfalen für die Verlängerung der Laufzeiten der Kernenergie-Kraftwerke in Deutschland einsetzen.
- Erneuerbare Energien sind ein Schlüssel zur Ressourcenschonung und zu verstärktem Umweltschutz in NRW. Die Forschung in den Technologiefeldern Biomassekraftwerke, Kraft-Wärme-Kopplung, Geothermie und Solarthermie muss weiter intensiviert werden.

- Alle Umwelt- und Energietechnologien müssen sich aber auch Aspekten der Wirtschaftlichkeit, der Effizienz und des Verbraucherschutzes stellen. Hier dürfen Flächenverbrauch, Gesamtenergiebilanz, negative Folgen für das Landschaftsbild oder Kritik an Übersubventionierung nicht als Umweltfeindlichkeit angetan werden, sondern ernst genommen werden.

Forschung und Entwicklung haben in erster Linie im innovativen Mittelstand ihr Zuhause.

Viele mittelständische Unternehmen aus NRW sind mit erstklassiger Technologie auf den Weltmärkten vertreten.

- Mittelständischen Unternehmen muss ein gleicher Zugang zur Forschungsförderung eingeräumt werden wie Großunternehmen.
- Der Patentrechts-, Marken- und Urheberrechtsschutz von mittelständischen Innovationen aus NRW und die internationale Durchsetzbarkeit dieser Regelungen müssen besser werden. Produktpiraterie und Firmenspionage müssen bekämpft werden. Wir als Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung wollen das Wissen des Mittelstandes geschützt sehen. Deswegen fordern wir dazu auf politisch und rechtlich gegen jeden Verstoß gegen die legitimen Ansprüche unserer Unternehmen vorzugehen. Die Landesregierung soll hierzu eine Initiative starten und Verbesserungen zugunsten gerade derjenigen erreichen, die nur sehr schwer aufwendige Schutzmassnahmen für ihr Produkt umsetzen können.

f) NRW: Politik nicht auf Kosten der Zukunft

Ein wichtiger Teil der Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen ist der Bankenstandort NRW.

Diesen gilt es zu erhalten, zu stärken und auszubauen. Ob Bankinstitute, Börsen oder Investmentunternehmen, wir wollen eine starke Infrastruktur für globale Akteure in diesem Bereich.

- Wir stehen zur Drei-Säulen-Struktur unserer Bankenlandschaft. Sparkassen müssen sich dem Wettbewerb mit den Privatbanken und den Genossenschaftsbanken auch vor dem Hintergrund europäischer Regelungen stellen. Hierzu ist die Reform des Sparkassengesetzes NRW ein wichtiger Schritt. Er verhindert zum einen, dass Sparkassen

verkauft werden können, verschafft aber den Eigentümern, den Kommunen und damit den Bürgern, mehr Transparenz.

- Wir sehen mittelfristig keinen Sinn im Fortbestand von Landesbanken, hier der WestLB, ohne konkretes erfolgsversprechendes Geschäftsmodell.
- Die Zusammenarbeit der Landesbanken in Deutschland soll verstärkt, ihre Anzahl muss bis 2015 reduziert werden. Das Ziel eines Verkaufes der WestLB muss bis 2012 realisiert werden.

Gute Wirtschaftspolitik ist nur mit seriöser Finanzpolitik möglich. Die Landesregierung konnte die Neuaufnahme von Schulden durch das Land von 6,8 Milliarden Euro auf 1,9 Milliarden Euro senken.

- Wir halten an dem Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes bis 2011 fest.
- Bis 2015 wollen wir erste Schritte zur Entschuldung unseres Landes gehen. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung will ein Verbot von Neuschulden im Wahlkampfprogramm der CDU NRW festgeschrieben sehen.
- Auch auf Landesebene müssen verstärkt Modelle von Public-Private-Partnership (PPP) geprüft und umgesetzt werden, um Synergien zur Entlastung des Haushaltes zu erreichen. Mittelständischen Unternehmen ist der Zugang zu PPP-Projekten im Zweifel durch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen zu erleichtern.
- Der Versuch der Umgehung der Beschränkung wirtschaftlich wettbewerbswidriger Tätigkeiten von Unternehmen in Öffentlicher Hand durch eine zunehmende Zahl sogenannter „Inhouse-Geschäfte“ muss unterbunden werden.

V. NRW: Lust auf Erfolg!

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung ist stolz auf die Leistungen der CDU-geführten Landesregierung seit 2005. Wir wollen auch weiterhin diesen mittelstandsfreundlichen Regierungsstil fortgesetzt sehen. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Nordrhein-Westfalen versteht sich als wichtige Stütze der CDU-geführten Landesregierung, die sich an den ordnungspolitischen Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft orientiert.

637 Nur mit der kontinuierlichen Fortsetzung der 2005 begonnenen Konsolidierungs- und
638 Modernisierungspolitik wird Nordrhein-Westfalen für alle Menschen in unserem Land gute
639 Perspektiven bieten. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung als Brücke zwischen Politik und
640 Wirtschaft wird daran mitwirken.
641
642 Für uns und den gesamten Mittelstand in NRW ist eine solche Politik nur mit einer bürgerlichen
643 Koalition denkbar.
644
645 Nur ein bürgerliches Bündnis, am besten eine deutliche Mehrheit für die Fortsetzung der schwarz-
646 gelben Regierungspolitik, ist in den kommenden sieben Jahren ein Erfolgsrezept für Nordrhein-
647 Westfalen. Darauf möchten wir als Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung NRW hinarbeiten.
648 Dafür machen wir konkrete Vorschläge.
649
650 Uns ist wichtig, dass NRW weiter gut regiert wird. Wir haben Lust auf Erfolg!